

Unabhängige Bauernzeitung



Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

62. Jahrgang / Heft 139 • www.ubv.at • März 2022

Das Recht des Stärkeren ist das größte Unrecht.

Maria Ebner-Eschenbach

GAP: Kein Zukunftsmodell, sondern Zusperr-Programm



Der UBV lehnt den am 22. Dezember ausgehandelten Kompromiss weiterhin ab. Das ist kein Zukunftsmodell, sondern ein Bauernhof-Zusperr-Programm, welches weiteren tausenden Bauernhöfen die Existenz kosten wird. Im Jänner 2021 – noch vor den Kammerwahlen – hieß es von Seiten des Land-

wirtschaftsministeriums, dass es in der ersten Säule keine Kürzungen geben wird. Doch in der neuen Periode sind nur mehr 208 Euro pro Hektar an Ausgleichszahlungen vorgesehen.

Ebenso vermissen wir einen Inflationsausgleich für die Ausgleichszahlungen, obwohl ein solcher bei allen anderen Berufsgruppen selbstverständlich ist.

Nach unserer Auffassung müssen die Tierwohl-Prämien aufgrund der neuen Auflagen verdoppelt werden. Der Mehraufwand für das geforderte Tierwohl wird bei den ausgehandelten GAP-Regelungen nicht abgegolten. Zudem fehlt uns eine Honorierung der Bauern für das Speichern von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff. Wir fordern einen CO₂-Zertifikathandel für die Landwirtschaft, ähnlich wie er für Autohersteller möglich ist.

Ebenso verlangt der UBV eine echte Leistungsabgeltung für alle erbrachten Leistungen der Landwirte für die Kulturlandgestaltung im Grünland und im Ackerbau. Die Regierung hat ja auch kein Problem, für die Pflege von einem Hektar Autobahngrünstreifen rund 65.000 Euro im Jahr auszugeben!





Umsetzung des UBV Programmes gibt den Ba

Die aktuell geplante GAP ruiniert die Bauernexistenzen. Agrarministerin Elisabeth Köstinger verweigert den Dialog darüber. Was sich bei der GAP konkret ändern muss.

Aus der Sicht des UBV ist der vorgelegte nationale Strategieplan durch Ministern Elisabeth Köstinger – auf der Basis der geplanten GAP – ein Plan und ein Programm gegen die Bauern. Es fehlen zentrale Elemente, die den Bauern wieder echte ökonomische Perspektiven geben. Die Bauernbundesvertreter haben bei allen ökonomisch zentralen Fragen für die Bauern ihre Ohren auf Durchzug gestellt oder dürfen nichts sagen.

Ministerin und Kammerpräsidenten schweigen

Wir haben Ministerin Köstinger sowie den amtierenden Kammerpräsidenten am 31. Dezember 2021 nachstehenden Themen als Fragen gestellt. Bis heute gibt es keine Antwort.

Offensichtlich stehen die aktuell handelnden Bauernvertreter unter dem Einfluss der Wirtschaftskammer und des Wirtschaftsbundes, die von den Bauern vor allem die billigst mögliche Produktion von Rohstoffen erwarten. Unsere Vorstellung von Landwirtschaft und bäuerlicher Wirtschafts-

weise ist eine andere! Unserer Forderungen lauten daher wie folgt:

1) UBV fordert Inflationsabgeltung

- Es braucht wie in jeder anderen Branche die Abgeltung der Inflation. Derzeit gibt es das weder bei den „Ausgleichszahlungen“ noch bei den Erzeugerpreisen. Wir haben seit dem EU-Beitritt eine Inflation von rund 60%. Die aktuellen Entwicklungen der Inflation z.B. bei den Betriebsmitteln sind dabei noch gar nicht eingerechnet.
- Umgelegt auf die Ausgleichszahlungen müssten wir heute bei einer Maßnahme, wofür es 1995 rund 1.000 Euro gab bzw. heute gibt – inflationsangepasst nun zumindest 1.600 Euro bekommen. Keine Abgeltung der Inflation bedeutet für uns Bauern einen Kaufkraftverlust von bis zu 90%!
- Keine Abgeltung der Inflation ist eine politisch gemachte, nicht akzeptable Wettbewerbsverzerrung. Was bei der Sozialversicherung gilt, nämlich eine indexgebundene

Steigerung, fordern und brauchen wir auch bei allen Zahlungen und bei den Erzeugerpreisen.

2) UBV fordert faire Spielregeln

- Wir fordern, dass nur Lebensmittel importiert und im Regal des Lebensmittelhandels (LEH) landen dürfen, die unter gleichen den Spielregeln wie hier erzeugt werden. Zudem fordern wir ein Importverbot von Lebensmitteln, wofür Regenwald gerodet wurde. Derzeit ist dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Wir müssen mit Produkten in Konkurrenz treten, die nicht die gleichen Standards bei der Produktion haben. Das reicht vom Pflanzenschutz bis zu den Rahmenbedingungen für Arbeitskräfte. So liegen unsere Produktionskosten deutlich höher.
- Außerdem fordern wir, dass der LEH bei Lebensmitteln maximal 100% auf den Einkaufspreis aufschlagen darf. Damit wäre auf einen Schlag das Dumping mit Billigimporten gegenüber unseren Produkten generell gestoppt.



Bauern wieder ökonomische Perspektiven!

3) UBV fordert Kontrolle beim Lebensmittelhandel

- Wir fordern die echte Kontrolle beim Handel mit Lebensmitteln, insbesondere bei importierten Lebensmitteln. Ohne Kontrolle ist dem Betrug beim Handel mit Lebensmitteln Tür und Tor geöffnet. Die Kontrollen sollen durch AMA, AK und LK erfolgen.

4) UBV fordert eine echte Leistungsabgeltung

- Wir fordern eine echte Leistungsabgeltung für die Leistungen der Bauern ein. Die aktuelle GAP beinhaltet nicht die Vorgabe, dass die Leistungen der Bauern - bezogen auf deren echten Wert bzw. Aufwand - abgegolten werden. Eine GAP muss die Leistung der Bauern einer echten Bewertung unterziehen, und dies muss dann auch bezahlt werden. Konkret: Was sind die Pflege und Gestaltung von 1 Hektar Kulturland wert? Das ist zu bewerten. Allfällige Auflagen seitens Brüssel oder von Wien sind gesondert zu bewerten und zu bezahlen. Das sind die Standards in jeder anderen Branche.

5) UBV fordert Abgeltung der Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff

- Bauern bzw. Grundeigentümer, die Grund und Boden bewirtschaften, speichern als einzige Berufsgruppe jährlich bei der Produktion große Mengen an CO₂ in der Biomasse und erzeugen gleichzeitig Sauerstoff. Wir wollen eine Abgeltung dieser erbrachten Leistungen!

6) UBV fordert die nationale Abgeltung von Leistungen, die nicht mit GAP bezahlt werden

- Wir wollen die Abgeltung aller von den Land- und Forstwirten erbrachten Leistungen aus den nationalen Geldtöpfen, die nicht über die Brüsseler Schiene bezahlt werden.

Diese sechs zentralen Forderungen werden von Ministerin Köstinger und dem Bauernbund einfach negiert, obwohl der Grüne Bericht seit 1995 zeigt, dass die GAP für die Bauern nicht tauglich ist, sondern ihre Existenzen ruiniert. Das muss sich ändern!



Das wollten wir in den landwirtschaftlichen Blättern schreiben....

UBV lehnt den Vorschlag für die neue GAP in dieser Form ab

Im Jänner 2021 – noch vor den Kammerwahlen – hieß es von Seiten des Landwirtschaftsministeriums, dass es in der ersten Säule keine Kürzungen geben wird. Doch in der neuen Periode sind vorläufig nur mehr 208 Euro pro Hektar an Ausgleichszahlungen vorgesehen. Der Inflationsausgleich für die Ausgleichszahlungen ist in der neuen GAP wieder nicht berücksichtigt, obwohl ein solcher bei allen anderen Berufsgruppen selbstverständlich ist. Auch die Bürokratie wird nicht verringert, sondern ausgebaut. Bei den Kontrollen war die Kontrollquote bisher mehr als doppelt so hoch als die EU vorschreibt: bisher wurden von der EU 2 % vorgeschrieben, Österreich kontrolliert 5 %. Bei den Importen gibt es keine fairen Spielregeln und Rahmenbedingungen gegenüber der österreichischen Landwirtschaft insbesondere bei Handel, Kontrollen und Auflagen. Die Leader-Gelder werden nicht ge-

kürzt und kommen bei den bäuerlichen Betrieben nicht an. Die Tierwohl-Prämien müssten aufgrund der neuen Auflagen verdoppelt werden. Der Mehraufwand für das geforderte Tierwohl wird nicht abgegolten. Es ist keine Abgeltung für die Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff berücksichtigt. Die Bauern speichern jährlich bei der Produktion Unmengen an CO₂ und gleichzeitig erzeugen sie wertvollen Sauerstoff. Warum werden diese Leistungen nicht bezahlt? Warum gibt es keine Möglichkeit eines CO₂-Zertifikathandels für die Landwirtschaft, während dies für die Autohersteller schon möglich ist? Die NEC-Richtlinien sind nicht praxistauglich und im Vergleich zu anderen EU-Ländern weit überzogen. Die erbrachten Leistungen der Landwirte für ein Hektar Grünland werden nicht abgegolten. Hingegen kostet die Pflege eines Hektar Autobahngrünstreifens

65.000 Euro. Da hat die Regierung kein Problem mit der Finanzierung. Der UBV lehnt das Ergebnis der neuen GAP ab! Das ist kein Zukunftsmodell, sondern, wie schon mehrmals betont, ein Bauernhof-Zusperr-Programm, welches weiteren tausenden Bauernhöfen die Existenz kosten wird.

.... und das kam zurück:

Sehr geehrter Herr KR Enthofer, meine Abstimmung mit Präsident Josef Hechenberger hat ergeben, dass der Artikel aufgrund unsachlicher Inhalte nicht veröffentlicht wird. Wir können uns nun nach Vorliegen der neuen GAP gerne einmal darüber austauschen, dabei kann sicherlich das eine oder andere Detail aufgeklärt werden.

**Mit freundlichen Grüßen
Mag. Ferdinand Grüner uGM
Kammerdirektor**

Kein Strom von Acker und Wiese

Das Thema der Freiflächen-PV-Anlagen hatten wir immer wieder am Tisch. Die einzigen Freiflächen-Anlagen, die unserer Meinung nach vertretbar sind, sind auf ehemaligen Deponien, die landwirtschaftlich nicht mehr genutzt werden können oder dürfen.

Gerade wir Landwirte haben sehr viel Dachflächen und MÜSSEN mit dem guten Beispiel vorangehen, dass zuerst einmal die Dächer voll sein müssen. Dann haben wir schon sehr viel gewonnen! Die Angebote der Betreiber für Freiflächen-Anlagen sind verlockend, aber genau da müssen wir Rückgrat, Stärke und Einigkeit beweisen.

Manche Befürworter der Freiflä-

chen-PV-Anlagen missbrauchen das Argument, dass früher auch 1/3 der agrarischen Flächen zum Versorgen der Zugtiere aufgebracht werden musste. Dieses Argument ist für sich richtig, allerdings nicht die ganze Wahrheit, denn Hafer und Heu wachsen bis heute nicht auf dem Dach, PV-

Strom aber sehr wohl.

Landwirtschaftlicher Grund und Boden muss auf alle Zeiten vor allem unserer Ernährung dienen und nicht als Geldanlage von Leuten, die ihr Geld nicht in der Landwirtschaft verdienen. Das ist unser Auftrag, und zwar von jedem von uns!



Wenn das wirtschaftliche Denken nicht vorhanden ist und bei Investitionen die Sinnhaftigkeit fehlt.

Quelle: Loufre auf Pixabay



Bei der Kammerwahl im letzten November wählten 1333 Bäuerinnen und Bauern den Weg der Liste „UBV Kärnten - Liste Heimo Urbas“. Inhaltlicher Schwerpunkt dieser Liste war, dass die Wirtschaftlichkeit der bäuerlichen Betriebe (egal ob 5 Hektar Betrieb oder 100 ha Betrieb) gesichert sein muss.

Nach nun fünfmonatiger interessanter Kammerarbeit kommt der erste Durchblick über den internen Ablauf, die Geldflüsse und die Ziele der Kammerführung. Der erste interessante Einblick war die Vorlage des Rechnungsvorschlages für 2022. Es mögen die Zahlen und die Aufstellungen absolut ok sein, aber die Wirtschaftsweise entspricht keinesfalls meinen und unseren Vorstellungen.

Das können wir Bauern niemals akzeptieren:

Bei den aktuellen GAP Berechnungen erklärt man ganz schön, dass Kärnten bei der AZ ein plus von 0,9 Millionen Euro hat. Bei genauerem Nachfragen stellen ca. 9000 Betriebe einen Antrag auf AZ Förderung. Das ergibt tatsächlich ein **lächerliches Plus von ca. 96 Euro je Betrieb und Jahr. Also von Inflationsanpassung, welche ja nur die Kaufkraft erhalten soll, keine Rede!**

Indexangepasste Zahlungen -

aber nicht für die Bauern

An die Landwirtschaftskammer Österreich erfolgen jährliche Zahlungen von ca. 530.000 Euro. Diese Zahlungen erfolgen mit einer jährlichen Indexanpassung von plus 1,4 Prozent. Ein Leistungsbericht der LK Österreich ist nicht vorhanden.

Geldgrab Krastowitz:

Die öffentlichen Gelder, welche der LWK gewährt werden, stiegen von 2021 auf 2022 um satte 7 Prozent. Das sind 592.000 Euro.

Schloss Krastowitz erwirtschaftet jährlich einen Abgang von ca. 500.000 Euro. Daraus erklären sich viele Aktivitäten der Berufsvertretung - die Einheitswerterhöhung konnte gar nicht abgelehnt werden, denn die höhere Kammerumlage wird dringend zum Ausgleich des jährlichen Abgangs benötigt. Kammereigene Grundverkäufe wurden auch zum Zweck des Ausgleichs der Abgänge getätigt. Das präsentierte SERVICAPAKET - Invekos und Invekos plus - wird als Serviceleistung unter anderem durch das Versenden von SMS beworben, dieses ist zwar freiwillig, dient aber ausschließlich der Finanzierung der Abgänge.

Die Abgänge haben ihre Grundlage aber auch in den jährlich steigenden Lohnkosten - welche durchaus ge-

rechtfertigt wären, wenn die Mitarbeiter und die Kammerführung den Bauern die dringend benötigte Anpassung der öffentlichen Gelder von mindestens der jährlichen Inflation bringen würden (Inflationsausgleich).

Der absolute Schlager ist aber, dass das Schloss Krastowitz umgebaut werden soll und das Land Kärnten dafür 4 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Da stellt sich die Frage: Welcher wirtschaftlich denkende Bauer würde 4 Millionen Euro investieren, um dann jährlich einen Abgang von 500.000 Euro finanzieren zu müssen? Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung wurde nicht vorgelegt - also bleibt völlig offen, wie die Abgänge von Schloss Krastowitz finanziert werden sollen.

Soweit der Einblick in die Wirtschaftsführung der Landwirtschaftskammer nach fünf Monaten Kammerarbeit.

Vieles könnten wir schon akzeptieren, wenn die Zahlungen an die Bauern dem Land Kärnten auch solche Steigerungen wert wären. Doch die jetzt aufgezeigte Vorgangsweise ist für uns absolut inakzeptabel, und wir werden unsere Vorstellungen durch entsprechende Maßnahmen zum Ausdruck bringen.

Heimo Urbas



Unsere Anträge



Salzburg
Vollversammlung am
4. März 2022

Antrag 1: Anpassung des Einheitswertes

Wegen der Entwertung der landwirtschaftlich genutzten Randstreifen an fließenden und stehenden Gewässern durch Umweltauflagen soll die LK Salzburg sich bei der Bewertung der Flächen durch das Finanzamt für die Landwirte dafür einsetzen, dass die betroffenen Flächen entsprechend niedrig bewertet werden.

Antrag dem Betriebsausschuss zugeteilt

Dringlicher Antrag 2: Ungerechtfertigte Erhöhung der Kammerumlage

Bei der der Vollversammlung der LK Salzburg am 03.12.2021 wurde der Grundbetrag der Kammerumlage um 50 % erhöht. Der UBV Salzburg fordert die LK Salzburg auf, diesen Beschluss sofort zurückzunehmen und die Ausgaben in der Verwaltung zu senken.

Antrag aberkannt

Dringlicher Antrag 3: Gleichberechtigung

Der UBV Salzburg fordert die LK Salzburg und den Präsidenten der LK Salzburg auf, sich für eine Anpassung und garantierte Gleichsetzung der Stundensätze bei der Betriebshilfe von Frauen und Männern einzusetzen.

Antrag abgelehnt

Antrag 4: Antibiotikaeinsatz in der Milcherzeugung

Als gezielte Maßnahme zur Reduktion der Verwendung von Antibiotika ist die Zellzahlobergrenze für S Qualität Milch auf 400.000 Zellen pro ml anzuheben.

Antrag dem Milchausschuss zugeteilt

Antrag 5: Gasleitung

Der UBV Salzburg fordert die LK Salzburg auf, sich für den sofortigen Stopp

des Baus der Gasleitung von Salzburg nach Tirol einzusetzen und diese finanziellen Mittel für den Ausbau Erneuerbarer Energien bereitzustellen.

Antrag dem Forstausschuss zugeteilt

Antrag 6: Medien

Der UBV Salzburg fordert die LK Salzburg auf, sich mehr für die sachliche und korrekte Berichterstattung über die Land- und Forstwirtschaft in sämtlichen Medien einzusetzen.

Antrag dem Vorstand zugeteilt

Antrag 7: Holzpreis

Der UBV Salzburg fordert den Obmann des Waldverbandes und den Präsidenten der LWK sowie die VV auf, sich dafür einzusetzen, dass der Einkaufspreis für Fichten- und Tannen-Rundholz mindestens 180 Euro/m³ netto beträgt.

Antrag dem Forstausschuss zugeteilt

Antrag 8: Blühflächen / Naturschutzflächen

Die Landwirtschaftskammer soll sich mit den Gemeinden in Verbindung setzen und einwirken bzw. unterstützen, dass möglichst alle brauchbaren Flächen dem Naturschutz zur Verfügung gestellt werden.

Antrag dem Vorstand zugeteilt

Dringlicher Antrag 9: Grüner Grundverkehr

Um für Transparenz und echte Chancengleichheit beim Erwerb von landwirtschaftlichem Grund zu sorgen, sollen per Gesetz oder Verordnung alle Grundverkäufe, die Grünland, Almen oder Wald betreffen, zwingend veröffentlicht werden müssen.

Antrag abgelehnt



Oberösterreich
Vollversammlung am
9. März 2022

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert...

Antrag 1:

... die Landwirtschaftskammer OÖ auf,

dass die Fraktionsobmänner der Landwirtschaftskammer eingebunden bzw. zeitgerecht informiert werden, wenn die Landwirtschaft betreffende Gesetze geändert oder neu formuliert werden.

Dafür: UBV und FP-Bauern;

Dagegen: BB und Grüne

Antrag 2:

... das Ministerium für Tourismus und Landwirtschaft auf, die Agrarbürokratie zu verringern sowie sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, eine Verschiebung der GAP Neu und der Farm to Fork Strategie um vier weitere Jahre und eine Verlängerung der bisherigen GAP zu erwirken, denn die Bäuerinnen und Bauern brauchen Planungssicherheit.

Dafür: UBV und FP-Bauern;

Dagegen: BB und Grüne

Antrag 3:

... das Land Oberösterreich auf, die Ankaufsbeihilfe auch für Tiere zu gewähren, welche auf Absatzveranstaltungen in anderen Bundesländern erworben wurden.

... das Bundesministerium für Landwirtschaft dazu auf, eine bundeseinheitliche Ankaufsförderung auf de-minimis Basis zu schaffen.

... das Land Oberösterreich dazu auf, zu prüfen, ob Käufern aus anderen Bundesländern auf oberösterreichischen Zuchtviehversteigerungen vorübergehend eine Kaufprämie gezahlt werden kann, bis eine bundeseinheitliche Lösung gefunden wurde.

... die oberösterreichischen Zuchtverbände dazu auf, die Thematik der bundesweiten Ankaufsprämie bei der ZAR und mit den anderen österreichischen Zuchtverbänden zu diskutieren.

Dafür: UBV, Grüne und FP-Bauern;

Dagegen: BB

Antrag 4:

... die Agrarlandesrätin auf, die spezielle Haftpflichtversicherung, die zum Schutz der Almbauern zwischen dem OÖ Almverein und der Oberösterreichischen Versicherung mit einer Versicherungssumme von 2.500.000 Euro pro Versi-

cherungsfall abgeschlossen wurde und deren Kosten das Land Oberösterreich trägt, aufgrund der neuen Weideverordnung auf alle Landwirte (mit Betriebsnummer), die Tiere weiden, auszuweiten.

Dafür: UBV;

Dagegen: BB, FP-Bauern und Grüne

Antrag 5:

... das Ministerium für Tourismus und Landwirtschaft sowie die AGRAR Markt Austria auf, eine Erhöhung der AMA Marketingbeiträge über die geplante Umlage auf die Fläche und eine Indexanpassung der Beiträge auszusetzen.

Dafür: UBV und FP-Bauern;

Dagegen: BB und Grüne

Antrag 6:

... die Agrarlandesrätin Michaela Langer-Weninger auf, einen Ausverkauf der Düngemittelsparte der Borealis Agrolinz Melamine GmbH an ausländische Investoren zu vereiteln.

einstimmig angenommen

UBV fordert Entlastung damit Höfe wirtschaftlich überleben!

Bei der am 18. März abgehaltenen UBV Bundesvorstandssitzung in Niedersnill in Salzburg wurde festgestellt und erneut gefordert: Abbau der Bürokratie unter anderem auch jene die für die Waldwirtschaft geplant ist und endlich eine Leistungsabgeltung für die Landwirtschaft um die Höfe wirtschaftlich führen zu können.

Die UBV-Vorschläge für die Abfederung der enorm gestiegenen Betriebsmittelkosten wurden ständig von den Vertreter der Regierungspartei in der Landwirtschaftskammer abgelehnt. Scheinbar haben aber diese keine Vorschläge zu

Gunsten der Bauern eingebracht, denn wie sich bei den bereits präsentierten Entlastungspakten von der Bundesregierung zeigt, ist die Landwirtschaft wieder einmal durchgefallen. Das gleiche gilt auch für den jahrelang gepredigten Überschuss bei Fleisch, Getreide, Eier, Milch usw. Dieser wurde scheinbar erfunden um die Preise zu drücken.

Da die Mehrheitsfraktion in den Landwirtschaftskammer vom Bauernbund auch in Bundes- und Landesregierungen sitzen, fordern wir sie auf, nicht immer Ausreden zu formulieren sondern die Bauernanliegen umzusetzen!



Am Foto:

1. Reihe ÖR Johann Großpötzl und ÖR Karl Keplinger aus Oberösterreich; Josef Tiefenbacher aus Salzburg und Johann Herbst aus Steiermark.
2. Reihe Johann Steiner (SBG), Heimo Urbas (KTN), Stefan Weiss (SBG) und Georg Schickbauer (OÖ)
3. Reihe Alfred Enthofer (Tirol), Josef Handl (NÖ), Martin Lohninger (SBG) und Herbert Hochwallner (NÖ)

UBV Steiermark



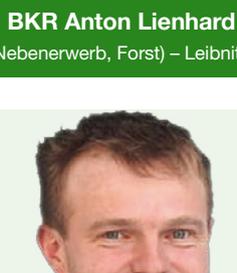
BKR Barbara Kapuan
(Geflügel, Rindermast) - Leoben



BKR Ing. Georg König
(Rinder, Milch) - Murau



BKR Harald Buchsteiner
(Rinder, Almwirtschaft, Direktvermarktung) Liezen



BKR Anton Lienhard
(Nebenerwerb, Forst) - Leibnitz



BKR Ing. Andreas Racz
(Forst, Rinder) - Murau



BKR Peter Müller
(Forst, Rinder, Pferde) - Murau

Die Bauern nicht dem Weltmarkt o

Aktuell – im März 2022 – spielen die Märkte in vielen Branchen komplett v...
samen, vernünftigen Spielregeln fehlt. Das trifft vor allem die Land- und Fo



© Der Ennstaler

LKR Johann Ilsinger
Obmann UBV Steiermark (Rinder, Almwirtschaft, Forst, Direktvermarkt, Urlaub am Bauernhof) Liezen

BKR Christine Landl
(Rinder, Milch, Grünland) - Liezen

Eng...
UBV U...
Rinder,

Der UBV nimmt dies nicht schweigend zur Kenntnis. Beim jüngsten erweiterten Vorstand des UBV Steiermark machten die Mitglieder unmissverständlich deutlich: Es braucht Spielregeln, welche die wild gewordenen Spekulationen einfangen und den Bauern wieder eine ökonomische Perspektive geben.

Die Politik definiert im Parlament die Spielregeln

Die Politik erklärt immer wortreich, warum etwas nicht gehe und man in Märkte nicht eingreifen könne. Das sagen jene, die so tun, als ob der „freie Markt“ keine Spielre-

geln hätte. Das ist sachlich unrichtig und wird von jenen behauptet, die nicht von dem Leben müssen, was ihnen der Markt zumutet. Sie leben ganz schon bequem von öffentlichen Geldern!

Bei einem Pressegespräch im Ennstal verwies UBV LO Hans Ilsinger auf die großen Verwerfungen bei den Rahmenbedingungen für die Bauern. So gibt es z.B. keine Abgeltung der Inflation. Seit 1995 – dem EU Beitritt gibt es eine Inflation von rund 56,8 Prozent. Rechnet man die aktuellen Preissteigerungen mit ein,



BKR LKR Johann Herbst
(Obst, Direktvermarktung, Internationale Märkte) - Weiz



LKR Gerhard Mariacher
(Nebenerwerb, Forst, Betriebswirt) - Graz/Umgebung



BKR Reinhard
(Forst, Pferde)

opfern!

verrückt. Ein Regelwerk an wirk-
 forstwirtschaft besonders hart.



gelbert Walcher

(Bergbauer, Urlaub am Bauernhof, Forst) – Liezen

BKR Josef Saalfellner

(Milchwirtschaft, Freiland-
 schweine, Forst) – Liezen

wird man bei rund 60% Inflation lan-
 den. Weder bei den Erzeugerpreisen
 noch bei den Ausgleichszahlungen
 gibt es eine Abgeltung der Inflation.
 Damit ist die Kaufkraft der Bauern
 komplett beim Teufel.

**Konnte man sich z.B. 1994 vom
 Verkauf von 1 Liter Milch noch 3
 Wurstsemmel oder 1 Liter Diesel
 leisten, so muss man heute für
 eine Wurstsemmel 4 Liter oder
 für 1 Liter Diesel 5 Liter Milch
 verkaufen. Diese Entwicklung ru-
 iniert die Bauernhöfe und zerstört
 jährlich tausende Existenzen.**

Herzliche Einladung zum Bauernstammtisch zum Thema:

Es braucht neue Wege in der Ag-
 rarpolitik. Landwirtschaft neu Den-
 ken und Gestalten = Ökosozial
 Leben.

Region Graz/GU/Weiz Samstag, 7. Mai Beginn um 20:00 Uhr

8063 Eggersdorf, Manningweg 10
 Am Kohlbauerhof

Region Leibnitz/Deutschlandsberg Donnerstag, 5. Mai Beginn um 19:00 Uhr

Lang 12, 8403 Lebring
 Gasthaus Schweinzger

Bauernsterben stoppen

Die sogenannten „Weltmarkpreise“, die
 künstlich erzeugt werden, bringen die Bau-
 ern um. Allein in der Steiermark wurde der
 Bauernstand seit dem EU-Beitritt von rund
 52.000 auf rund 31.000 Betriebe reduziert.
 Geht das so weiter, gibt es in 10 Jahren kei-
 ne echte Bauern mehr.

Es ist daher ein Gebot der Stunde, sofort die
 Reißleine zu ziehen und für die Bauern neue,
 andere Spielregeln zu entwickeln (siehe dazu
 auch Seiten 2-3).

Ergänzend dazu fordert der UBV eine nicht
 rückzahlbare Investitionsförderung in der
 Höhe von 1.500/Monat/je Arbeitskraft für 1
 Jahr als Entschädigung bzw. Entlastung für
 die bisher fehlende Abgeltung zahlreicher
 Leistungen der Bauern.



BKR Andreas Gusterhuber

(Mutterkuh, Direktvermarktung,
 Forst, Alm) – Liezen



BKR Thomas Schellnegger

(Rinder, Schweine, Forst, Ackerbau)
 Graz Umgebung



BKR Martin Pfeifer

(Obst, Direktvermarktung) – Weiz



BKR Werner Paar

(Obst, Direktvermarktung) – Weiz



BKR Dullnigg

(Obst) – Murau



BKR Herbert Kammerhofer

(Rinder, Milch, Forst) –
 Bruck-Mürzzuschlag



BKR Florian Taucher

(Obst, Direktvermarktung)
 Graz Umgebung



LKR Josef Wallner

(Forst, Rinder, Grünland, Direktver-
 marktung) – Murau

Jagdrecht ist Privatrecht und gehört zurück in die Hand der Grundeigentümer

Mit der Bauernbefreiung wurde das Recht der Jagd auf fremden Grund in das Recht auf Jagd auf eigenem Grund umgewandelt – und das gilt nach bäuerlichem Selbstverständnis grundsätzlich heute noch. Doch in der Praxis herrscht der Geist des Reichsjägermeisters Göring, der anno 1938 die Jägerschaft zu den Rechtsinhabern machte. Höchstgerichtliche Entscheidungen machen eine Reform der OÖ Jagdrechts erforderlich. Der UBV fordert daher eine Modernisierung des Jagdrechts.

Die Bauernbefreiung 1848 war ein Meilenstein in der österreichischen Agrar- und Rechtsgeschichte: Das damalige Recht auf Jagd auf **fremdem** Grund wurde in das Recht auf Jagd auf **eigenem** Grund umgewandelt. Das Jagdrecht ist also seit 1848 ein Privatrecht und steht daher dem Grundeigentümer zu. Lediglich bei Unterschreitung der Mindestgröße von 115 ha für Eigenjagden kommt es zur Bildung von Genossenschaftsrevieren. Auch deren Verwaltung ist jedoch auf privatrechtlicher Basis konstruiert, nämlich dahingehend, dass zur Wahrnehmung der Angelegenheiten des Jagdrechtes die Gesamtheit der Grundeigentümer, vertreten durch den lokalen Jagdausschuss, berufen ist. Jagdrecht, direktes (in der Eigenjagd), oder indirektes (im Genossenschaftsrevier), verstehen wir daher als Recht der Bodennutzung, genauso wie ein Recht auf landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Nutzung unserer Grundstücke. Eine Begrenzung dieses Privatrechtes halten wir nur für zulässig, wenn öffentliche Interessen dies erfordern. Das Eigentümerrecht der

Grundeigentümer kann aus diesem Grund nicht so weit gehen, dass sie die für die jeweilige Region typischen Wildarten zur Gänze ausrotten würde. Das bedeutet, dass das Land als für das Jagdwesen zuständige Gebietskörperschaft sehr wohl ein Interesse an der Jagd wahrzunehmen hat, da es zB Aufgabe der Grundeigentümer ist, ein gewisses Mindestmaß an Wild zu halten.

Wer hat das Sagen?

Die derzeitige Realität im Bereich des Jagdwesens in Oberösterreich sieht so aus, dass die wesentlichen Angelegenheiten, wie sie im § 1 des Jagdgesetzes geregelt sind (also Hege und Pflege und was sonst so in Feld, Wiese und Wald geschieht), nicht in den Händen der Grundeigentümer, sondern bei der Interessenvertretung der Jagdausübungsberechtigten, das heißt beim Landesjagdverband, liegen. Die Landwirtschaftskammer als eigentliche Interessenvertretung der Inhaber des Jagdrechtes besitzt laut Landwirtschaftskammergesetz keine Zuständigkeit in Jagdfragen.

Von gesetzgeberischer Seite herrscht derzeit die Tendenz, den Landesjagdverband in seinen Rechten weiter zu stärken und gleichzeitig die Rechte der Grundeigentümer sukzessive zu beschränken. Praktisch wurde es in den vergangenen Jahren den Grundbesitzern erschwert, Wildschäden geltend zu machen. So wurde (erfolglos) versucht, betroffenen Grundeigentümern die Geltendmachung von Wildschäden vor den ordentlichen Gerichten zu verwehren, die Zuständigkeit sollte an das Landesverwaltungsgericht übertragen werden – für die Festsetzung von Schadensersatzansprüchen eindeutig die falsche Instanz!

Göring führte zur Trophäenzucht

Wie bedeutend es für den Land- und Forstwirt ist, wer über die Auswirkungen und über die Gestaltung und über die Verwaltung des Jagdrechtes entscheidet, zeigt sich daran, dass in ganz Österreich ab dem Zeitpunkt, ab dem das damalige reichsdeutsche Jagdgesetz Hermann Görings 1938 in Österreich eingeführt wurde, sich die Rehwildstände explosionsartig erhöht

Modernisierung des Jagdrechtes – JETZT!

Die Gestaltung des Jagdrechtes ist eine zentrale Zuständigkeit der Interessenvertretung der Grundeigentümer, also der Landwirtschaftskammer. Der Landesjagdverband hat die Grundeigentümer

bei der Ausübung ihres privaten Jagdrechtes zu unterstützen. Das Land hingegen vertritt die öffentlichen Interessen und ist daher zu Begrenzungen legitimiert.

Derzeit ist es so, dass es Länder gibt,

in denen die Landwirtschaftskammer für das Jagdwesen zuständig ist, zB Vorarlberg. Die Praxis zeigt also, dass auch in OÖ eine Modernisierung des Jagdrechtes möglich wäre.

haben. Die Ursache dafür ist, dass durch dieses Jagdgesetz Hermann Görings und in der Folge durch das weitgehend identische oberösterreichische Landesjagdgesetz aus dem Jahr 1964 dem Bauernstand weitgehend die Einflussnahme auf die Wildstandsregulierung genommen worden ist. Die Zuständigkeit (siehe Abschusspläne) dafür ist seither auf die staatlichen Behörden übergegangen. Die staatlichen Behörden wiederum stehen sehr weitgehend unter dem Einfluss der Interessenvertretung der Jägerschaft. Derzeit besteht die Realität darin, dass die Entscheidung, wie hoch die Wildstände auf den heimischen Feldern und Wäldern sind, in sehr bedeutendem Ausmaß von der Interessenvertretung der Jäger beeinflusst wird. Die Jagd ist zufolge dem gegenwärtigen Verständnis in der Öffentlichkeit, besonders in der jagdlichen Öffentlichkeit, nicht mehr ein Aspekt der landwirtschaftlichen Bodennutzung, Jagd ist nicht mehr ein privates Recht des Grundeigentümers.

Traurige Folge: Der Landwirt hat auf die Schadensentwicklung nur geringen Einfluss, während die Geltendmachung von Wildschäden sukzessive erschwert wird. Es ist daher höchste Zeit, dass das Privatrecht der Jagd



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

wieder in die privaten Hände der Bauern zurückkommt.

Der Bauernschaft in Oberösterreich ist klar, dass der Schlüssel zur Problembewältigung in der Gestaltung – in der erforderlichen weitgehenden Neu-

gestaltung – einschlägiger jagdrechtlicher Bestimmungen besteht. Das Jagdrecht ist als privates Recht der Grundeigentümer zu respektieren wie es unsere Vorfahren im Jahr 1848 erkämpft haben.

Das Wichtigste in Kürze

Bis Ende des Jahres soll das Jagdgesetz in OÖ novelliert werden, zuständig ist Agrarlandesrätin Michaela Langer-Weninger. Derzeit ist es so, dass Nicht-Grundbesitzer über Grundbesitzer in Sachen Jagd entscheiden. Der Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, dass dies ein enteignungsgleicher Vorgang ist, da das Jagdrecht untrennbar mit dem Grundrecht verbunden ist. Daher muss das Jagdrecht korrigiert werden.

Meinungsaustausch mit LH Stv. Dr. Manfred Haimbuchner

Im November 2021 trafen sich ÖR Karl Keplinger, ÖR Johann Großpötzl und LAbg. ÖR Ing. Franz Graf mit Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner. Die Kammerwahlordnung und der Naturschutz inkl. Wolf und Biber waren im Gespräch. Unsere Forderung: ein Programm zur Erhaltung der Feld- und Wiesenbrüter muss freiwillig, unbürokratisch und dementsprechend entschädigt werden.



Bauern im Bezirk Amstetten: „Atomkraft schmeckt uns nicht“

Die EU-Kommission stufte Atomkraft und Gas als klimafreundlich ein. Darüber sind die Bauern – wen wundert's – empört.



Biomasse statt Atomkraft fordern die Bezirkskammerräte des UBV (von links): Franz Spreitz, Johann und Bianca Edermayr, Veronika Lettner, Hermann Zahnt, Leopold Sonnleitner und Landeskammerrat Herbert Hochwallner.

Damit die EU bis 2050 klimaneutral wird, braucht es laut Brüssel private Investitionen für die Nutzung von Gas- und Kernenergie, die als nachhaltige Energieformen anerkannt werden sollen, was „Greenwashing“ von Kernkraft und Erdgas gleichkommt. Österreich kündigte eine Nichtigkeitsklage beim Europäischen Gerichtshof an. Klimaschutzministerin Leonore Gewessler hält die Entscheidung der EU-Kommission inhaltlich als auch rechtlich für völlig falsch.

Waldbewirtschaftung unter Druck

Der Landeskammerrat der Unabhängigen Bauernvertretung (UBV), Herbert Hochwallner, sieht darin eine große Gefahr für Mensch und Umwelt: „Atomkraftwerke haben über Nacht einen grünen Stempel bekommen,

zugleich aber soll jedem Waldbesitzer ein Verwaltungspaket und ein Einkommensverlust aufs Auge gedrückt werden, was einen nachhaltigen Schaden für die aktive Waldbewirtschaftung und einen inakzeptablen Eingriff ins Eigentumsrecht darstellt“, kritisiert er im Einklang mit der Landwirtschaftskammer die EU. Die Taxonomie-Verordnung definiert die Kriterien, ob eine Wirtschaftstätigkeit als ökologisch nachhaltig einzustufen ist. Waldbesitzer müssten künftig nachweisen, dass die Waldpflege einen Nutzen für das Klima bringe. „Bäume müssen als ‚klimafit‘ gelten, nur dann werden Investitionen als nachhaltig bewertet. Bürokratie ohne jeglichen Mehrwert“, ist der UBV-Obmann enttäuscht. Zudem werde in Brüssel derzeit sogar diskutiert, ein Fünftel der jeweiligen Waldfläche verpflichtend außer Nutzung zu

stellen, was mit einem herben Einkommensverlust für die Bauern verbunden wäre.

Bioenergie muss gefördert werden

Zumeist sind es bäuerliche Gemeinschaften, die regional nachhaltige Energie sicherstellen. Während also Atomkraft und fossiles Erdöl durch die EU-Taxonomie-Verordnung ein grünes Mascherl bekommen, versucht man, der Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen untaugliche bürokratische Hürden in den Weg zu legen. Kein Wunder also, wenn die Bauern im Bezirk Amstetten bekunden: „Die Atomkraft ‚schmeckt‘ uns einfach nicht“. Ihre Forderung: Bioenergie forcieren! Es gibt noch viele leere Dächer, und die energieautarken Bauernhöfe werden sicher auch noch mehr werden.

NÖ verabschiedet sich von Karl Hendling

Bereits im Juli mussten wir Abschied nehmen. Karl Hendling aus der Gemeinde Bromberg folgte Toni Kornfell bald zum Bauernverband und wurde auch nach diesem Viertelsobmann im Industrieviertel. Landesobmann Hochwallner dankte in seiner Grabrede dem Verstorbenen für seine Tätigkeit im Dienste der Bauern und legte im Namen des UBV einen Kranz nieder. Von Seite des UBV war unter der Leitung von Landesobmann Hochwallner coronabedingt nur eine kleine Abordnung von langjährigen Wegbegleitern zur Verabschiedung gekommen des 86-jährigen treuen UBV-Mitglieds gekommen.



Skitag mit Rennen am Hochbärneck

Am Sonntag, den 13.2.2022, fand am Hochbärneck unser UBV NÖ Schitag mit Schirennen statt. Bei Kaiser-Wetter und strahlendem Sonnenschein konnten wir einen herrlichen Schitag genießen. Das Schirennen mit Start um 10:00 war der Höhepunkt des Tages. Die Kinder konnten es kaum erwarten, an den Start zu gehen. Gefahren wurde in einer eigenen UBV Wertung: Familienwertung, männlich, weiblich,

Jugend, Schüler, Kinder und Minis von 7 Jahre und jünger. Schnellster Herr wurde Grollhofer Johannes, schnellste Dame Kerschner Cornelia, schnellste Jugendliche Handl Sarah.

Die Familienwertung gewann Familie Leichtfried aus Ruprechtshofen. Abschluss und Siegerehrung war beim Almhaus Hochbärneck. Die Schüler, Kinder und Minis freuten sich über ihre Preise und Urkunden.



Quelle: UBVNÖ

Wir gedenken!

NO trauert um Josef Falk

Josef Falk, ein engagierter Weinbauer aus Bockfließ, ist im 97. Lebensjahr verstorben. Seine ruhige, aber auch zielstrebige Art brachte dem Verstorbenen viel Achtung innerhalb der Bauernschaft ein. Für den Bauernverband leitete er in den Aufbaujahren in Niederösterreich unter Landesobmann Wenitsch sen. zahl-

reiche Versammlungen in den Weinbaugemeinden der Umgebung und war auch 1969 für eine starke Abordnung bei der historischen Traktordemonstration am 13. Mai verantwortlich. Bis zuletzt war Josef Falk an der Arbeit des UBV interessiert und gratulierte 2020 zur erfolgreichen Kammerwahl. Mit seinen Weinen konnte er schon 1951 erstmals einen Sieger erringen, dem in den folgenden Jahren noch viele nationale und internationale Preise folgen sollten. Sein Spruch, den der Verstorbene seinem Sohn und in weiterer Folge seiner Enkeltochter mitgab: „Haltet z'aum, ih kann net immer bei Euch sein.“

Richtigstellung

In der letzten Ausgabe ist uns auf Seite 16 ein fataler Fehler unterlaufen. Wir bedauern dies sehr, bitten die Familie um Entschuldigung und bringen den Nachruf nunmehr in der richtigen Form.

Ein langjähriges Mitglied des Burgenlandes ist nicht mehr unter uns. **Paul Schmelzer**, Weinbauer aus Gols, der viele Aktivitäten unseres Verbandes mitgetragen hat, ist unerwartet 82-jährig verstorben.

Unser Beileid gilt der Familie, die den Verstorbenen nicht nur bei der Arbeit, sondern auch bei seinem oftmaligen Einsatz für den Bauernstand und die Berufskollegen unterstützt hat.

Holz aus Sibirien für Schule in Tamsweg – geht's noch?

Beim Neubau der Metallwerkstatt der Landwirtschaftsschule Tamsweg wurde für die rund 2000 Quadratmeter Holzschindelfassade nicht die Lungauer Lärche, sondern die Sibirische Lärche bevorzugt. Sibirische Lärche erkennt man sehr leicht an den vielen Jahresringen von mehr als 6 bis 8 pro Zentimeter. Neben der höheren Qualität sind die Schindeln auch kostengünstiger, weil Nachhaltigkeit in Russland nicht unbedingt groß geschrieben wird.

Wir Bauern im Land fragen uns jetzt:

- Welche Rolle spielt die Holzkennzeichnung und Nachhaltigkeit bei der Beschaffung des Landes Salzburg?
- Hat man sich nur aus Kostengründen gegen eine stehende oder liegende Lärchenschalung mit Lungauer Lärche entschieden?
- Warum wurde die südostausgerichtete Fassade nicht mit Photovoltaikmodulen ausgestattet, um gerade im Winter bei idealem Einfallswinkel Sonnenstrom zu produzieren? Die ausgeführte Aufdach-PV-Anlage liefert

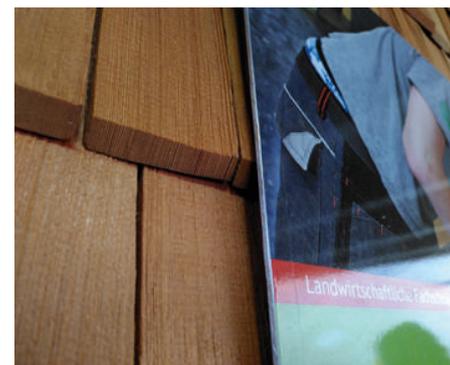


im Winter wenig Ertrag, da sie eingeschneit und keine günstige Ausrichtung hat.

- Welches Vorbild will man der nachwachsenden Generation hier vermitteln?

Der unabhängige Bauernverband stellt einen Antrag auf Überprüfung der angeführten Fragen und fordert die Landesregierung auf, durch sorgfältige Planung 100 % nachhaltige und regionale Beschaffung in ihrem Wirkungsbereich umzusetzen. Dies fördert die Wertschöpfung im Land Salzburg und

bringt mehr Wertschätzung für die Produkte der Salzburger Land- und Forstwirtschaft.



Sonnenstrom und Bildungsoffensive

Wie aus einem Bericht der SN zu entnehmen war, sucht Landesrat Josef Schwaiger zur Erreichung der Klimaziele 120 Hektar Fläche für die Produktion von Sonnenstrom. Für die 119 Gemeinden ergibt sich eine Fläche von rund einem Hektar pro Gemeinde oder rund 2 Quadratmeter pro Einwohner mit einem täglichen Energieertrag von 1 kWh. Diese Fläche wäre allein schon durch die Dachflächen der landwirtschaftlichen Gebäude abzüglich aller nicht geeigneten Flächen zu bewerkstelligen.

Eine Kilowattstunde ist die Energie, die ein Radfahrer leisten kann, wenn er mit

112,5 Watt/h 8 Stunden in die Pedale tritt. Die gleiche Energie können 2 Quadratmeter Photovoltaik liefern. Bei Freilandanlagen beansprucht man 4 Quadratmeter. Bei einem Endenergiebedarf von mehr als 85 kWh pro Tag und Einwohner ist das Ausbauziel der Landesregierung daher ziemlich bescheiden.

Der UBV stellt einen Antrag auf Überprüfung der möglichen Stromproduktion auf den geeigneten Dachflächen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Salzburg. Wir brauchen eine Informationsoffensive (Stichwort Energiewirt), um möglichst viele Bauern für

dieses Thema zu gewinnen. Es geht dabei um Klimaschutz, Unabhängigkeit von Stromimporten und vor allem um die Standortsicherung für unsere Betriebe.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, zusammen mit der Salzburg AG eine Potentialanalyse für die erneuerbaren Energieformen Wasserkraft, Biomasse, Sonnen- und Windenergie in Bezug auf den Ersatz von fossilen Energieträgern zu erstellen. Energieautarkie stärkt die bäuerlichen Betriebe, hilft dem Klimaschutz und bewahrt vor Strafzahlungen in Milliardenhöhe wegen nicht Erreichung der Klimaziele.

Landesentwicklungsplan

Zur Speicherung des Sonnenstroms für den Winter braucht es eine Wasserstoffstrategie. Hat Salzburg eine Wasserstoffstrategie? Sind Flächen für Energiespeicheranlagen im Landesentwicklungsplan enthalten?

Rechnungshof kritisiert Grundverkehrskommission

Es gibt ein paar Reiche, die kaufen alles: Grünland schon ab 1,5 ha, außerdem Almen und Höfe. Wie bekannt, werden dann irgendwann im Laufe der Zeit auf diesen Flächen Zweitwohnsitze und Chalet-Dörfer gebaut. Laut BBK Obmann, der selber in der Kommission sitzt, besteht aber kein Handlungsbedarf, also alles passt! Wenn dann irgendwann

ein paar Reiche alles Land besitzen, ist das auch kein Problem für unseren BBK Obmann.

Grüner Strom aus dem Nationalpark?

Wegen der Klimaerwärmung gibt es keinen Schnee auf den Bergen. Das Wasser läuft ab, und wir haben im Talboden Hochwasser. In den letzten 20 Jahren ist das jetzt schon viermal passiert. Zum Schutz werden in den Tälern Dämme gebaut. Auf die Frage an den Landesrat Schwaiger, warum denn keine Stromnutzung geplant sei, meint dieser, dass für die Kosten die Energieunternehmen aufkommen müssten und Grüner Strom ist sowieso zu wenig. Und er ergänzt: „Das Nationalparkgesetz erlaubt keine Stromgewinnung!“ Doch für die Großglockner-

hochalpenstraße und die Ölpipeline von Triest nach Ingolstadt oder das Kraftwerk Uttendorf in der Kernzone gibt es Ausnahmen im Nationalpark. Dieses Argument akzeptieren wir daher nicht!

AMA wuchert, Höfe sterben

Verwaltungsrat und Vorstand in der AMA ist jetzt der Salzburger Präsident Rupert Quenberger. Unser Antrag, die AMA zu reformieren und das Personal dem Höfesterben anzupassen wurde abgelehnt. Jeden Tag schließen neun Höfe, und wir denken: Weniger Höfe bedeutet geringerer Personalbedarf. Doch zu unserer großen Verwunderung stellt die AMA 100 Personen neu ein, angeblich wegen der Abwicklung der Corona Hilfszahlungen.

UBV Salzburg



Abschied von Alois Gruber

Der Unabhängige Bauernverband Salzburg trauert um seinen Freund und Mitstreiter Alois Gruber. Er wurde mit 62 Jahren viel zu früh aus unserer Mitte gerissen.

Lois hat sich immer mit voller Kraft für die Bauern und die bäuerlichen Familien eingesetzt. Er war unter anderem Mitglied der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Salzburg und Ortsbauernobmann in seiner Heimatgemeinde Eugendorf. Wir werden den Lois immer in bester Erinnerung behalten.

Der trauernden Familie gilt unser tiefes Mitgefühl, wir wünschen euch viel Kraft in dieser schweren Zeit.

Für den UBV Salzburg der Obmann Josef Tiefenbacher

UBV OÖ

Abschied von Georg Feichtenschlager

Der Unabhängige Bauernverband Oberösterreich trauert um seinen Freund und Mitstreiter Georg Feichtenschlager. Neben dem UBV war er noch Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr und beim Seniorenbund Treubach. Nach einem erfüllten Leben verstarb er nach längerer Krankheit dennoch unerwartet im 79. Lebensjahr.



20 Jahre Milchwerk Jäger in Oberösterreich

14. Februar 2002 – ich besuchte im Oberbayerischen Haag das Milchwerk Jäger. Zahlreiche Mühlviertler Milchbauern suchten damals eine neue Molkerei. Ein erster Termin für Vertragsvereinbarungen wurde fixiert. Mit erstem April gelang ein perfekter Start. Zwei Jahrzehnte führt nun Jäger mit uns Bauern Milchpreisverhandlungen – immer mit gegenseitigem Respekt und

auf Augenhöhe. Bei einem 20-jährigen Milchpreisvergleich war die Molkerei im Spitzenfeld zu finden. Die gute Zusammenarbeit mit der Molkerei Jäger führte dazu, dass das Unternehmen viel Geld in einen österreichischen Standort investierte und Arbeitsplätze geschaffen hat. Jäger verarbeitet am Standort Gmunden ausschließlich österreichische Milch.

Wenn die Landespolitik Nachteile für die Milchbauern vorhersagt, sollte sie zuerst die zufriedenen Lieferanten fragen. Gerade Jäger steht für faire und verlässliche Geschäftsbeziehungen. In Kürze wird das Milchwerk Jäger bei den ersten sein, die über 50 Cent brutto auszahlen.

KR ÖR Johann Großpötl

Auf den Punkt gebracht.

In der Druckvorstufe

 **RehaDruck**
sozialfair



Viktor-Franz-Straße 9
A-8051 Graz
T (0316) 68 52 55
rehadruck@rehadruck.at
f www.rehadruck.at

Ihr Recht ist uns wichtig!

Betriebsfragen sind oft Rechtsfragen, und Recht haben und dann auch Recht bekommen sind zweierlei. Bauern sind Profis auf dem Feld und im Stall, für ihr Recht müssen die Rechtsexperten ran. Und da ist halt nicht jeder Profi, wenn es um landwirtschaftliche Spezialfälle geht. Doch woher soll der Bauer wissen, ob sein Rechtsbeistand wirklich topfit in der Materie ist? Wir vom UBV haben uns umgehört und echte Profis an der Hand. Wenn Sie also ein Rechtsproblem haben: Melden Sie sich bei uns, wir helfen weiter und vermitteln die richtigen Kontakte. Dazu eine Bitte: Rechtzeitig Kontakt aufnehmen, nicht erst wenn der Prozess schon fast verloren ist. Und noch ein heißer Tipp: Schließen Sie eine Rechtsschutzversicherung ab! Dann

ist Ihr Recht in sicheren Händen.

Weitere Infos unter office@ubv.at oder **0650 2624245**

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden?
Hilfe bei Fixzinsen, Umschuldung, Leasing, Sanierung bietet

Finanzmanagement

Tel: +43 677-6120 1934

Kredite privat und gewerblich ab 0,5 % p.a. variabel,
abhängig von der Bonität

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at
Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg;
Landesobmann STMK: Johann Ilsinger, Erlsberg 14, 8954 Donnersbach; Landesobmann NÖ, B, W: Herbert Hochwallner, Dobratal 20, 3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersillerstraße 6, 5722 Niedernsill; Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Für den Inhalt verantwortlich sind die Obmänner des jeweiligen Landesverbandes; Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat: 0650/2624245, office@ubv.at. Redaktion: Dr. Rudolf Hönle, Kadettengasse 29, 8041 Graz, 0664/73629103, hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.

MZ 02Z030371 M P.b.b.
Verlagspostamt: 8000 Graz

Retouren bitte an:

Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting